

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XVII
-----------------------------------	-------------

1. Teil: Häusliche Gewalt und die Rechtsordnung	
<i>(Schumacher/Janzen).....</i>	<i>1</i>
1. Abschnitt Rechtsschutz bei Gewalt in der Familie?.....	3
2. Abschnitt Das Phänomen der häuslichen Gewalt	6
A. Was ist „häusliche Gewalt“?.....	6
B. Das Ausmaß häuslicher Gewalt	11
3. Abschnitt Rückblick bis zu den jüngsten gesetz-	
geberischen Maßnahmen	14
A. Zum ehemännlichen Züchtigungsrecht und zur Ent-	
wicklung des Rechtsschutzes bei häuslicher Gewalt	
unter Erwachsenen	14
I. Das ehemännliche Züchtigungsrecht bis zum	
Inkrafttreten des BGB.....	14
II. Das BGB und der Rechtsschutz bei häuslicher	
Gewalt bis zum 1. Januar 2002	15
III. Exkurs: Das österreichische Gewaltschutzgesetz.....	17
IV. Der Weg zum „Gesetz zur Verbesserung des	
zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und	
Nachstellungen vom 11. Dezember 2001“	19
B. Das elterliche Züchtigungsrecht.....	21
I. Ursprüngliche Fassung des BGB	21
II. Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957	21
III. Sorgerechtsneuregelungsgesetz vom	
18. Juli 1979	22
1. Erster Vorschlag für ein Verbot von Gewalt-	
anwendung in der Erziehung	23
2. Folgen der Neuregelung durch das SorgeRG	24
IV. Kindschaftsrechtsreformgesetz	24
1. Ansätze zu einer Abschaffung des elter-	
lichen Züchtigungsrechts	25

2. Internationale Entwicklungen	25
3. Kindschaftsrechtsreformgesetz vom 16. Dezember 1997.....	26

2. Teil: Gewalt unter Partnern und Erwachsenen

(Schumacher).....31

1. Abschnitt Wohnungsüberlassung.....33

A. Wohnungsüberlassung nur im Verhältnis von Täter und Opfer	34
B. Wohnungsüberlassung als Nutzungsbefugnis	35
C. Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG	35
I. Allgemeines	35
1. Vollendete Gewalttaten und Drohungen mit Gewalttaten	35
2. Persönlicher Anwendungsbereich von § 2 GewSchG	36
3. „Wohnung“ im Sinne von § 2 GewSchG.....	38
II. Wohnungsüberlassung bei vollendeten Gewalt- taten nach § 2 Abs. 1 GewSchG	39
1. „Gewalttat“ im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 1 GewSchG	39
a) Verletzung von Körper, Gesundheit und Freiheit	39
b) Psychische Gewalt	40
c) Schutz des allgemeinen Persönlich- keitsrechts	41
d) Vorsätzliche Begehung; Zurechnungs- fähigkeit	42
e) Widerrechtlichkeit der Rechtsgutsver- letzung nach § 1 Abs. 1 Satz 1 GewSchG	44
2. Führen eines auf Dauer angelegten gemein- samen Haushaltes	44
a) Allgemeines	44
b) Gemeinsamer Haushalt.....	46
c) Auf Dauer angelegter Haushalt.....	46
d) Führen des Haushaltes	47
3. Dauer der Nutzungsbefugnis	48
4. Ausschluss des Anspruchs auf Wohnungsüber- lassung	49
a) Keine Wiederholungsgefahr	49

b) Schriftliche fristgebundene Geltend- machung des Anspruchs.....	50
c) Besonders schwerwiegende Belange der Täters/der Täterin.....	51
5. Beeinträchtigungs- und Vereitelungsverbot	52
6. Billigkeitsvergütung	53
III. Wohnungsüberlassung bei widerrechtlichen Drohungen	54
1. Widerrechtliche Drohungen im Sinne von § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 GewSchG	54
2. „Unbillige Härte“	55
D. Wohnungsüberlassung bei Getrenntleben von Eheleuten (§ 1361b BGB)	55
I. Allgemeines	55
II. Ehewohnung	56
III. Getrenntleben der Ehegatten	57
IV. „Unbillige Härte“	58
V. Gewalttaten	60
VI. Beeinträchtigungs- und Vereitelungsverbot	61
VII. Vergütungspflicht	62
VIII. Überlassungsvermutung.....	63
E. Wohnungsüberlassung bei Getrenntleben von Lebenspartnern (§ 14 LPartG)	64
F. Verhältnis von § 2 GewSchG zu § 1361b BGB und § 14 LPartG	65
2. Abschnitt Schutzanordnungen nach § 1 GewSchG	66
A. Voraussetzungen der Schutzanordnungen	66
B. Schutzanordnungen bei Hausfriedensbruch und Nachstellungen.....	67
C. Arten der Schutzanordnungen	69
I. Übersicht	69
II. Wohnungsbetretungsverbot.....	70
III. „Wohnungsnäherungsverbot“	71
IV. Aufenthaltsverbot	72
V. Kontaktverbot.....	72
VI. „Zusammentreffensverbot“	73
D. Dauer der Anordnungen	74
E. Strafbarkeit des Verstoßes gegen Schutzanordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz (§ 4 GewSchG).....	74

3. Abschnitt Sachverhalte mit Auslandsberührung (Internationales Privatrecht) (Janzen)	77
A. Maßnahmen nach den §§ 1 und 2 GewSchG	77
B. Wohnungsüberlassung nach § 1361b BGB	77
1. Regelung vor Inkrafttreten des GewSchG	77
2. Gründe für die Neuregelung	80
3. Einseitige Verweisung auf das deutsche Recht für eine im Inland belegene Ehe- wohnung	81
4. Staatsvertragliche Sonderregelungen	81
C. Wohnungsüberlassung nach § 14 LPartG	83
4. Abschnitt Verfahrens- und Vollstreckungsrecht	84
A. Verfahren auf Wohnungsüberlassung	84
I. Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG	84
1. Zuständigkeit	84
a) Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	84
b) Zuständigkeit der Familiengerichte	84
aa) Funktionelle Zuständigkeit	84
bb) Örtliche Zuständigkeit	85
α) Anhängigkeit einer Ehesache	86
β) Nichtanhängigkeit einer Ehesache	86
2. Antrag, Amtsermittlung, mündliche Verhandlung, Anwaltszwang	87
3. Beteiligung des Jugendamtes	88
4. Regelungsbefugnisse des Gerichts	88
5. Wirksamkeit der Entscheidung	88
6. Abänderung der Entscheidung	89
7. Rechtsbehelfe	89
8. Vorläufiger Rechtsschutz	90
a) Nichtanhängigkeit einer Ehesache	90
b) Anhängigkeit einer Ehesache	92
aa) Einstweilige Anordnung nach § 620 Nr. 9 ZPO	92
bb) Einstweilige Anordnung nach § 64b Abs. 3 FGG	94
9. Kostentragung	95
II. Wohnungsüberlassung nach § 1361b BGB	96
1. Zuständigkeit	96
a) Internationale Zuständigkeit	96

aa) Isolierte Verfahren über die Nutzung der Ehewohnung	96
bb) Annexzuständigkeit bei Anhängigkeit einer Ehesache	96
b) Zuständigkeit der Familiengerichte	97
aa) Funktionelle Zuständigkeit	97
bb) Örtliche Zuständigkeit	97
α) Anhängigkeit einer Ehesache	97
β) Nichtanhängigkeit einer Ehesache	98
2. Antrag, Anwaltszwang, Amtsermittlung, mündliche Verhandlung	98
3. Regelungsbefugnisse des Gerichts	99
4. Beteiligung des Jugendamtes	100
5. Wirksamkeit der Entscheidung	101
6. Abänderung der Entscheidung	101
7. Rechtsbehelfe	102
8. Vorläufiger Rechtsschutz	102
a) Nichtanhängigkeit einer Ehesache	102
b) Anhängigkeit einer Ehesache	103
9. Kostentragung	104
III. Wohnungsüberlassung nach § 14 LPartG	105
B. Verfahren auf Schutzanordnungen nach § 1 GewSchG	105
I. Zuständigkeit	105
1. Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	105
2. Zuständigkeit der Familiengerichte sowie der allgemeinen Prozessabteilung des Amtsgerichts und des Landgerichts	106
3. Örtliche Zuständigkeit	107
a) Familiengerichte	107
aa) Anhängigkeit einer Ehesache	107
bb) Nichtanhängigkeit einer Ehesache	108
b) Amts oder Landgericht	108
II. Das Verfahren	108
1. Verfahren beim Familiengericht	108
2. Verfahren vor dem Amtsgericht oder dem Landgericht	108
a) Hauptsacheverfahren	108
b) Einstweiliger Rechtsschutz	109
C. Vollstreckung	113
I. Geltung des Vollstreckungsrechts der ZPO für	

Entscheidungen des Familiengerichts.....	113
II. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen.....	113
1. Entscheidungen des Familiengerichts.....	113
2. Entscheidungen des Amtsgerichts oder des Landgerichts.....	114
III. Vollstreckung von auf Wohnungsüberlassung lautenden Entscheidungen nach § 885 ZPO (Herausgabe von Grundstücken und Schiffen).....	115
IV. Vollstreckung von Schutzanordnungen nach § 1 GewSchG	116
1. Vollstreckung nach § 890 ZPO (Erzwingung von Unterlassungen und Duldungen)	117
2. Vollstreckung nach § 892a ZPO (Unmittelbarer Zwang in Verfahren nach dem Gewalt- schutzgesetz)	117
5. Abschnitt Beispielsfälle	120
3. Teil: Der Schutz von Kindern vor Gewalt in der Familie <i>(Janzen)</i>	127
1. Abschnitt Die elterliche Sorge für die Person des Kindes und die Grenzen des elterlichen Erziehungsrechts	129
A. Elterliche Sorge für die Person des Kindes.....	129
I. Grundrechtliche Einbindung	129
II. Einfachrechtliche Ausgestaltung.....	130
B. Grenzen der elterlichen Sorge nach geltendem Recht – Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung	131
I. Begründung des Gesetzentwurfs	133
1. Tatsächliche Ausgangslage	133
2. Recht des Kindes, gewaltfreie Erziehung, Bewusstseinsänderung und Leitbild	134
II. Regelungsinhalte.....	135
1. Körperliche Bestrafung	136
2. Seelische Verletzung	136
3. Andere entwürdigende Maßnahmen	137
III. Rechtsfolgen	138
1. Zivilrecht	139
a) §§ 1666, 1666a BGB	139
b) Allgemeine Unterlassungsansprüche	141

c) Schadensersatzansprüche des Kindes	142
2. Kinder- und Jugendhilfe	142
3. Strafrecht	143
2. Abschnitt Eingriffsmöglichkeiten des Familiengerichts zum Schutz von Kindern vor Gewalt nach des Regeln des Kindschaftsrechts und Gewaltschutzgesetz	148
A. Ausgangssituation beim Schutz von Gewalt betroffener Kinder	148
B. Der Vorrang der Regelungen des Kindschaftsrechts und des Vormundschaftsrechts nach § 3 GewSchG – Überblick	150
I. Gewalt nur zwischen A und B	151
II. Gewaltanwendung gegenüber C (Kind)	152
C. Gründe für den Vorrang der Sonderregelungen gegen- über Maßnahmen nach dem GewSchG	154
I. Unterschiedliche Rechtsschutzmöglichkeiten bei Gewaltanwendung gegenüber Kindern	154
II. Begründung der Konkurrenzregel	155
3. Abschnitt Schutz nach §§ 1666, 1666a BGB	161
A. Zur Systematik des § 1666 BGB	161
B. Abgrenzung zu anderen Vorschriften	162
I. § 1671 BGB	163
II. § 1672 BGB	164
III. § 1687b BGB, § 9 LPartG	165
C. Der Tatbestand des § 1666 Abs. 1 BGB	165
I. Elterliches Fehlverhalten und Verschuldenserfor- dernis; unverschuldetes Versagen; Verhalten eines Dritten	165
II. Kindeswohl	167
III. Gefährdung	168
1. Misshandlung des Kindes	169
2. Duldung durch den anderen Elternteil	170
3. Streitigkeiten und gewalttätige Auseinander- setzungen der Eltern/eines Elternteils mit seinem Ehegatten/Partner	170
4. Sexueller Missbrauch	171
IV. „Gefahrabwendungsprimat“ der Eltern	171
1. Erziehungsunvermögen der Eltern	171

2. Maßnahmen gegen „Dritte“	172
V. Rechtsfolge: Die Auswahl der angemessenen Maßnahme	175
1. Weisungen an die Eltern	175
2. Trennung des Kindes von der Familie und Beschränkung/Entziehung der Personensorge (§ 1666a Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 BGB)	176
a) Anordnungskompetenz des Familiengerichts für „öffentliche Hilfen“ i.S.d. § 1666a BGB?	176
b) Umfang der Entziehung der Personensorge	178
3. Trennung eines Elternteils vom Kind	179
4. „Go-order“ und sonstige Maßnahmen gegen Dritte (§ 1666 Abs. 4, 1666a Abs. 1 Satz 3 BGB)	183
a) Wegweisung von Personen, die nicht mit dem Kind in häuslicher Gemeinschaft leben	183
b) Wegweisung von Dritten, die zur „sozialen“ Familie gehören	184
5. Dauer der Maßnahme und Auswahl des „Adressaten“	185
a) Trennung des Kindes von der Familie und Entziehung der Personensorge	186
b) Wegweisung eines Elternteils oder eines Dritten	187
aa) Besonderheiten bei der Wegweisung eines Elternteils nach § 1666a Abs. 1 Satz 2 BGB ..	187
bb) Einschränkungen bei der Wegweisung von Elternteilen oder Dritten (§ 1666a Abs. 1 Satz 3 BGB)	188
cc) Zusammenfassung	189
4. Abschnitt Folgeregelungen nach einer Wegweisung oder sonstigen Trennung von Kind und Elternteil	192
A. Umgangsrecht	192
I. Umgangsrechte des Kindes und der Eltern	192
II. Einschränkung oder Ausschluss des Umgangsrechts ..	193
III. Zusammenfassung	197
B. Übertragung der elterlichen Sorge nach einer Trennung ..	198
5. Abschnitt Zum Verfahrensrecht und zu Sachver- halten mit Auslandsbezug	199

A. Verfahrensrecht	199
I. Verfahrenspfleger	199
II. Anhörung und Beteiligung weiterer Personen	200
1. Anhörung der Eltern	200
2. Anhörung des Kindes	200
3. Beteiligung des Jugendamts	200
4. Beteiligung Dritter	201
III. Regelung durch einstweilige Anordnung	201
IV. Durchsetzung der Entscheidung; insbesondere einer Wegweisung	201
1. Formulierung der Anordnung	202
2. Mögliche Zwangsmittel	202
B. Sachverhalte mit Auslandsbezug	205
I. Internationale Zuständigkeit	205
1. MSÜ	205
a) Zuständigkeit der Behörden des Staates des gewöhnlichen Aufenthalts (Artikel 1 MSÜ) ..	206
b) Artikel 8 und 9 MSÜ	208
c) Artikel 4 MSÜ	208
2. Brüssel-II-Verordnung	209
a) Elterliche Verantwortung	210
b) Entscheidung „aus Anlass“ der Ehesache	210
c) Zuständigkeitsregeln der Brüssel-II-Ver- ordnung	212
3. Autonomes Recht	213
II. Anzuwendendes Recht	213
1. Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien vom 17. Februar 1929	214
2. MSÜ	214
3. Autonomes Recht (Artikel 21 EGBGB)	215
Anhang	217
I. Gewaltschutzgesetz	217
II. BGB / LPartG (§§ 1361b, 1631, 1666, 1666a, § 14 LPartG)	220
III. ZPO/FGG (§§ 606, 606a, 620-621g, 885, 890-892a ZPO; §§ 49a, 64b FGG)	223

IV. Polizeirecht	231
1. Berlin	231
2. Bremen	232
3. Hamburg	232
4. Hessen	233
5. Mecklenburg-Vorpommern	233
6. Niedersachsen	234
7. Nordrhein-Westfalen	234
8. Schleswig-Holstein	235
Stichwortverzeichnis	237